

## Der Staatsrat will nicht mehr zuhören

**Verschliesst der Staatsrat die Ohren für die Forderungen des Personals oder möchte er ungehindert über die Zukunft des Kantons entscheiden? Eines ist sicher, er schenkt den Forderungen und Positionen des Personals kein Gehör mehr.**

Man könnte bald eine lange Liste damit erstellen, wie oft der Staatsrat in letzter Zeit beschlossen hat, die Meinung des Personals zu übergehen. Das letzte Mal war dies beim Thema Pensionskasse der Fall.

Bei der Revision des Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals hat die FEDE Position bezogen, was das Wahlsystem für die Komiteemitglieder betrifft: Sie hat klar gemacht, dass sie überhaupt nicht einverstanden ist, und Verbesserungsvorschläge eingebracht. Doch der Staatsrat ging nicht auf die Vorschläge ein, er beschloss, einfach weiterzumachen, und reichte seinen Entwurf beim Grossen Rat ein.

Als Sozialpartner nicht gehört zu werden, ist natürlich ärgerlich, doch als Mitverwalter der Pensionskasse nicht gehört zu werden, ist schlichtweg inakzeptabel. Es ist zudem anzumerken, dass bei diesem Dossier auch SP, ML-CSP und VPOD mit ihren Einwänden beim Staatsrat auf taube Ohren stiessen.

In der Regel verhandelt man mit Mitverwaltern. Doch einmal mehr möchte die Regierung ihre Variante durchdrücken. Stellen wir also die Frage nochmals: Verschliesst der Staatsrat die Ohren für die Forderungen des Personals

oder möchte er ungehindert über die Zukunft des Kantons entscheiden?

Vielleicht ist der Begriff «Sozialpartnerschaft» seit Beginn der Legislatur einfach aus dem Wortschatz des Staatsrats verschwunden. Und wir vermuten, dass dies nicht gegen das Personal zielt, sondern eher daran liegt, dass es der Regierung einfacher scheint, gegenteilige Meinungen aussen vor zu lassen. Das geht schneller und ist effizienter, so scheint der Staatsrat zu denken. Das ist schädlich, so denken wir aufseiten des Personals. Der Staatsrat verhält sich, als ob er die Meinung seines Personals übergehen könne.

Wir wurden auch zu der absurden Kommunikationskampagne, bei der eine Kuh in den Verwaltungsbüros zu sehen ist, nicht angehört – und dazu müssen wir präzisieren, dass wir ganz im Gegensatz zu dem, was die POA-Chefin im Interview mit «La Liberté» erzählte, diese Kampagne nie gutgeheissen oder unterstützt haben. Die Strassenwörter finden mit ihren Forderungen kein Gehör. Bei den Leistungsprämien bleibt der Staatsrat stur, obwohl die Verbände sie ablehnen, die Universität sich schlichtweg weigert, sie umzusetzen, das HFR sie für ungeeignet hält und das Tiefbauamt keinen anderen Weg sah, als die Entscheidung dem Los zu überlassen.

Der Staatsrat fällt viele Entscheide, die umstritten sind und zu einem Vertrauensverlust bei Partnern und Personal führen – eklatant zeigt sich dies beim Dossier Leistungsprämien –, obwohl er den sozialen Zusammenhalt zu einem strategischen Schwerpunkt seines Regierungsprogramms gemacht hat. Der Staatsrat hat sich beeilt, ein Gesetz zur Einführung des Prämiensystems zu erlassen. Im Gegensatz dazu geschieht

nichts in Sachen Einsatz und Schutz von Whistleblowern, die bei der Ausübung ihrer Funktionen festgestellte Unstimmigkeiten melden könnten. Nichts Konkretes gibt es auch zur Verbesserung der Organisation in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit, obwohl eine Verordnung eine Frist bis Ende 2017 festlegte, um die Koordination der beiden Kommissionen für den Gesundheitsschutz des Personals zu optimieren.

In der aktuellen Situation gibt es im Übrigen ein echtes Paradox. Die nachhaltige Entwicklung ist Seite für Seite im Regierungsprogramm erwähnt. Dort ist zu lesen: «Um sich in die Welt von morgen zu versetzen, baut der Staatsrat seine Tätigkeit auf den drei grundlegenden Säulen der nachhaltigen Entwicklung auf: Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Diese drei Säulen bilden, indem sie an die Freiburger Art und Weise angepasst werden, die strategischen Achsen der Legislaturperiode.»

In seinem Regierungsprogramm nimmt der Staatsrat auch Bezug auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung in der Agenda 2030 der UNO. Das 16. Ziel lautet «Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung

fördern». Bei seinen Überlegungen hat der Staatsrat offenbar vergessen, Artikel 16.7 zu lesen: «Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung **auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ** ist».

Sich der Sozialpartnerschaft zu verweigern bedeutet somit, entgegen den Visionen für die nachhaltige Entwicklung zu handeln ... und mit grossen Schritten zum politischen Klima der sechziger Jahre zurückzukehren.

Glückliches Personal ist Personal, das gehört wird, nicht Personal, von dem ein Teil Ende Jahr eine Prämie erhält, ohne dass man genau weiss, warum und wie. Für das Personal ist es Zeit, sich zu fragen: Will es sich wirklich mit der Art und Weise, wie ihm der Staatsrat momentan zuhört, zufriedengeben?